

12853/14

(OR. en)

PRESSE 456
PR CO 44

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

Außerordentliche Tagung des Rates

Landwirtschaft und Fischerei

Brüssel, 5. September 2014

Präsident **Maurizio MARTINA**
Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 8352 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/press>

12853/14

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Russisches Einfuhrverbot für Erzeugnisse aus der EU

Die Minister erörterten heute die Folgen und Auswirkungen des seit dem 6. August 2014 bestehenden russischen Einfuhrverbots für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU.

Die Kommission hat bereits marktstützende Sondermaßnahmen für den Obst- und Gemüsektor sowie für den Milchsektor beschlossen. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten stuft diese Stützungsmaßnahmen als angemessen ein, zahlreiche Mitgliedstaaten forderten jedoch darüber hinaus eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser Maßnahmen und eine Diversifizierung der eingesetzten Instrumente. Es wurden gezielte Ausgleichsmaßnahmen für einige der am stärksten betroffenen Erzeuger verlangt. Darüber hinaus standen mittel- und langfristige Maßnahmen, wie etwa die Erschließung neuer Märkte für Erzeugnisse aus der EU, im Mittelpunkt der Beratungen im Rat.

Maurizio Martina, der italienische Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten und Präsident des Rates, äußerte sich wie folgt: "Während dieser außerordentlichen Tagung haben die Minister bekräftigt, dass eine koordinierte, einstimmige Antwort und solidarisches Handeln auf EU-Ebene erforderlich sind, um den negativen Auswirkungen des russischen Einfuhrverbots für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU zu begegnen. Die positive Einschätzung der von der Kommission ergriffenen Maßnahmen wurde bestätigt, auch wenn wir deutlich gemacht haben, dass die Marktentwicklung kontinuierlich beobachtet werden muss und weitere konkrete Instrumente vorbereitet werden müssen, mit denen die Erzeuger, die durch das Einfuhrverbot benachteiligt werden, unterstützt werden können."

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Russisches Einfuhrverbot für Erzeugnisse aus der EU	6
---	---

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN ANGENOMMENE BESCHLÜSSE

– Energie	9
– Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Rates	9
– Ernennungen: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen	9

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Sabine LARUELLE

Joke SCHAUVLIEGE
René COLLIN

Ministerin des Mittelstandes, der KMB, der Selbständigen und der Landwirtschaft
Flämische Ministerin für Umwelt, Natur und Kultur
Minister für Landwirtschaft, ländliche Angelegenheiten, Natur, Fremdenverkehr und Sport

Bulgarien:

Vassil GROUDEV

Minister für Landwirtschaft und Ernährung

Tschechische Republik:

Marian JUREČKA

Minister für Landwirtschaft

Dänemark:

Dan JØRGENSEN

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei

Deutschland:

Christian SCHMIDT

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Estland:

Ivari PADAR

Minister für Landwirtschaft

Irland:

Simon COVENEY

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und maritime Angelegenheiten

Griechenland:

Georgios KARASMANIS

Minister für Entwicklung des ländlichen Raums und Ernährung

Spanien:

Isabel GARCÍA TEJERINA

Ministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt

Frankreich:

Stéphane LE FOLL

Minister für Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft

Kroatien:

Tihomir JAKOVINA

Minister für Landwirtschaft

Italien:

Maurizio MARTINA

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten

Zypern:

Nicos KOUYIALIS

Minister für Landwirtschaft, Naturressourcen und Umwelt

Lettland:

Jānis DUKLAVS

Minister für Landwirtschaft

Litauen:

Virginija BALTRAITIENĖ

Ministerin für Landwirtschaft

Luxemburg:

Fernand ETGEN

Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung, Minister für die Beziehungen zum Parlament und Minister für Verbraucherschutz

Ungarn:

Sándor FAZEKAS

Minister für Landwirtschaft

Malta:

Roderick GALDES

Parlamentarischer Staatssekretär für Landwirtschaft, Fischerei und Tierrechte, Ministerium für nachhaltige Entwicklung, Umwelt und den Klimawandel

Niederlande:

Sharon DIJKSMA

Ministerin für Landwirtschaft

Österreich:

Andrä RUPPRECHTER

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Polen:

Marek SAWICKI

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums

Portugal:

Assunção CRISTAS

Ministerin für Landwirtschaft und Meeresangelegenheiten

Rumänien:

Dumitru Daniel BOTĂNOIU

Staatssekretär, Ministerium für Landwirtschaft und
Entwicklung des ländlichen Raums

Slowenien:

Dejan ŽIDAN

Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für
Landwirtschaft und Umwelt

Slowakei:

Lubomír JAHNÁTEK

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des
ländlichen Raums

Finnland:

Petteri ORPO

Minister für Landwirtschaft und Forsten

Schweden:

Magnus KINDBOM

Staatssekretär, Ministerium für Landwirtschaft

Vereinigtes Königreich:

Elizabeth TRUSS

Ministerin für Umwelt, Ernährung und Angelegenheiten
des ländlichen Raums

Michelle O' NEILL

Ministerin für Landwirtschaft und Entwicklung des
ländlichen Raums

Richard LOCHHEAD

Kabinettsminister für Angelegenheiten des ländlichen
Raums und Umwelt

Rebecca EVANS

Stellvertretende Ministerin für Landwirtschaft und
Fischerei

Kommission:

Dacian CIOLOȘ

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

Russisches Einfuhrverbot für Erzeugnisse aus der EU

Die Minister erörterten heute die Folgen und Auswirkungen des seit Anfang August dieses Jahres geltenden russischen Einfuhrverbots für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU.

Der Rat bekräftigte, dass eine EU-weite gemeinsame Reaktion erforderlich ist, um den negativen Auswirkungen des von Russland verhängten Einfuhrverbots für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU zu begegnen.

Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten stufte die von der Kommission beschlossenen marktstützenden Sondermaßnahmen für den Obst und Gemüsesektor und den Milchsektor als angemessen ein. Zahlreiche Mitgliedstaaten wiesen jedoch nachdrücklich darauf hin, dass durch eine Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser Maßnahmen und eine Diversifizierung der eingesetzten Instrumente noch mehr getan werden müsse. Die Minister kamen in diesem Zusammenhang überein, dass die Entwicklungen in den betroffenen Sektoren im Hinblick auf etwaige weitere Interventionen auf diesen Märkten aufmerksam beobachtet werden sollten. Außerdem wurden gezielte Ausgleichsmaßnahmen für einige der am stärksten betroffenen Erzeuger verlangt.

Zentrales Thema der Debatte im Rat waren außerdem mittel- und langfristige Maßnahmen. Zahlreiche Delegationen setzten sich im Kontext der Erschließung neuer Auslandsmärkte für EU-Erzeugnisse für eine Anhebung der Mittelausstattung für die von der Kommission vorgeschlagenen Absatzförderungsmaßnahmen ein. Mehrere Mitgliedstaaten sprachen sich für eine Ausweitung der bestehenden Schulobst- und -gemüseprogramme und Schulmilchprogramme aus. Die Option, Lebensmittel an besonders Bedürftige abzugeben, wurde ebenfalls vom Rat erörtert. Ferner wurden weitere Maßnahmen erörtert, darunter Ausfuhrerstattungen, eine Erhöhung der Interventionspreise und die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten für Milchfett.

Mehrere Mitglieder des Rates forderten unter Hinweis darauf, dass die Gründe für die Krise nicht in den Märkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu suchen sind, dass über die aus dem Agrarhaushalt bereitgestellten Mittel hinaus neue Ressourcen für Landwirte bereitgestellt werden müssen. Andere betonten jedoch, dass die Haushaltsobergrenze eingehalten werden müsse.

Einige Delegationen führten außerdem an, dass das von Russland verhängte Einfuhrverbot sich auch auf die Fischerei, und hier insbesondere auf die pelagische Industrie, auswirke. Die Kommission teilte mit, dass sie derzeit prüfe, wie am besten darauf zu reagieren sei, dass dieser Absatzmarkt zeitweilig nicht zur Verfügung steht.

Hintergrund

Durch Präsidialerlass Nr. 560 vom 6. August 2014 "Über die Anwendung einzelner Sonderwirtschaftsmaßnahmen zum Schutz der nationalen Interessen Russlands" hat die Russische Föderation als Gegenmaßnahme gegen die angesichts der Lage in der Ukraine gegen Russland verhängten Sanktionen für ein Jahr die Einfuhr einer Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Rohstoffen und Lebensmitteln mit Ursprung in den Vereinigten Staaten, Ländern der Europäischen Union, Kanada, Australien und im Königreich Norwegen verboten.

Das Verbot betrifft eine Reihe spezieller Erzeugnisse aus mehreren Sektoren:

- Obst und Gemüse, mit Ausnahme von zubereiteten Erzeugnissen.
- Milchprodukte: Milch, Milchprodukte (insbesondere Käse, Magermilchpulver, Butter, Molkepulver, Frischerzeugnisse, Vollmilchpulver, Kondensmilch) und einige Lebensmittelzubereitungen, die Milchbestandteile enthalten.
- Fleisch: Fleisch von Rindern, Schweinen und Geflügel (frisch, gekühlt oder gefroren), sowie gesalzenes Fleisch, Fleisch in Salzlake, getrocknetes oder geräuchertes Fleisch, Würste und ähnliche Erzeugnisse.

Ausnahmen gelten für Waren, die für Säuglingsnahrung gedacht sind, bestimmte tierische Erzeugnisse (Fett, Schlachtnebenerzeugnisse) und lebende Tiere sowie Zubereitungen aus dem Obst- und Gemüsesektor (etwa Fruchtsäfte, Obstkonserven oder Konserven mit Gemüsezubereitungen). Seit dem 20. August 2014 fallen auch laktosefreie Milch und Milchprodukte, Pflanzkartoffeln, Steckzwiebeln, Hybridzuckermais und Nahrungsergänzungsmittel nicht mehr unter das Verbot.

Am 15. August 2014 hatte der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) auf einer außerordentlichen Tagung die Lage in der Ukraine erörtert und die Ankündigung der Russischen Föderation bedauert, Maßnahmen gegen die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Ursprung in der EU zu verhängen. Auf dieser Tagung wurde außerdem die Absicht des italienischen Vorsitzes bestätigt, eine außerordentliche Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) einzuberufen, um eine Einschätzung der Auswirkungen dieser Maßnahmen vorzunehmen und über eine angemessene Reaktion zu beraten.

Im Anschluss an die Umsetzung des Einfuhrverbots hat die Kommission den Verwaltungsausschuss zu mehreren Sitzungen einberufen, um die Marktlage bei den von dem russischen Einfuhrverbot betroffenen Erzeugnissen zu erörtern. Vor dem Hintergrund dieser Beratungen hat die Kommission am 18. August 2014 beschlossen, Sondermaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einzuleiten, um das Gesamtangebot an einer Reihe von verderblichen Obst und Gemüseerzeugnissen auf dem europäischen Markt zu verringern (Marktrücknahmen, Ausgleichsleistungen für Nichternten oder Ernte vor der Reifung). Diese Maßnahmen gelten bis Ende November 2014, die Mittel dafür belaufen sich voraussichtlich auf 125 Mio. EUR (unter die Maßnahmen fallen folgende Erzeugnisse: Tomaten/Paradeiser, Karotten, Weißkohl, Paprika, Blumenkohl/Karfiol, Gurken und Cornichons, Pilze, Äpfel, Birnen, Beerenfrüchte, Tafeltrauben und Kiwis). Bereits am 11. August 2014 waren Sonderstützungsmaßnahmen für Pfirsiche und Nektarinen angekündigt worden (29,7 Mio. EUR für Marktrücknahmen und 3 Mio. EUR für Absatzförderungsmaßnahmen). Außerdem wurden marktstützende Sondermaßnahmen für bestimmte Milchprodukte beschlossen. Was den Milchsektor betrifft, so kündigte die Kommission am 28. August 2014 an, die Beihilfe für die private Lagerhaltung für Butter, Magermilchpulver und bestimmte Käsearten zu aktivieren. Die Kommission bestätigte außerdem, dass der Zeitraum der öffentlichen Intervention für Butter und Magermilchpulver bis zum Ende des Jahres verlängert wird. Schließlich bestätigte die Kommission am 3. September 2014 ihre Absicht, zusätzlich zu den jährlich im GAP-Haushalt vorgesehenen 60 Mio. EUR ab 2015 weitere 30 Mio. EUR an EU-Mitteln für GAP-Absatzförderungsprogramme bereitzustellen.

Am 30. August 2014 begrüßte der Europäische Rat die von der Kommission ergriffenen außergewöhnlichen Maßnahmen und ersuchte die Kommission, die Lage zu beobachten und gegebenenfalls den Erlass weiterer Maßnahmen in Betracht zu ziehen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN ANGENOMMENE BESCHLÜSSE

Energie

Der Rat legte am 30. Juli 2014 den Standpunkt der Europäischen Union für die Tagung des Ministerrats der [Energiegemeinschaft](#) fest, die am 23. September 2014 in Kiew (Ukraine) stattfinden soll.

Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Rates

Der Rat billigte am 28. Juli 2014 die Antworten auf folgende Zweitanträge:

- Zweitantrag Nr. 17/c/01/14: Dänemark, Estland, Litauen, Slowenien, Finnland und Schweden stimmten gegen den Antwortentwurf und gaben Erklärungen ab ([11045/14](#)). Ungarn stimmte dem Antwortentwurf zu und gab eine Erklärung ab ([11045/14](#)). Italien enthielt sich der Stimme.
- Zweitanträge Nr. 19/c/01/14, Nr. 20/c/02/14, Nr. 21/c/01/14, Nr. 22/c/02/14, Nr. 23/c/03/14, Nr. 24/c/01/14 und Nr. 25/c/02/14: alle Delegationen stimmten den Antwortentwürfen zu ([11386/14](#), [11410/14](#), [11544/14](#), [11549/14](#), [11563/14](#), [11629/14](#) beziehungsweise [11657/14](#)).

Ernennungen: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte am 30. Juli 2014 Herrn Raymond COUMONT (Belgien) ([11832/14](#)) und Herrn Peter SCHMIDT (Deutschland) ([11837/14](#)) für die verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 20. September 2015, zu Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Am 30. Juli 2014 ernannte der Rat Herrn Karl-Heinz LAMBERTZ (Belgien) ([11884/14](#)),

Herrn Valter FLEGO und Herrn Željko TURK (Kroatien) ([11900/14](#)), Herrn Jess V. LAURSEN (Dänemark) ([11918/14](#)), Frau Maria BYRNE, Herrn Eamon DOOLEY, Frau Mary FREEHILL und Herrn Neale RICHMOND (Irland) ([11988/14](#)) sowie Herrn Ignazio MARINO, Frau Micaela FANELLI und Herrn Roberto PELLA (Italien) ([11991/14](#)) für die verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 2015, zu Mitgliedern des Ausschusses der Regionen.